

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

In Europa stimmt die Richtung

Fiskalpakt und dauerhafter Rettungsschirm ESM bringen große Fortschritte



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Foto: Tobias Koch

Ein weiterer Gipfel in Brüssel steht bevor. Doch scheint es diesmal, dass schon vor Beginn des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs kommende Woche wichtige Vorentscheidungen gefallen sind. Der Fiskalpakt, der in Europa zu mehr Haushaltsdisziplin führen soll, kommt. Er wird nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen das bringen, was wir uns von ihm versprochen haben: die Einführung von Schuldenbremsen in jedem Euro-Land. Die Umsetzung wird auch kontrolliert werden – am besten durch die EU-Kommission. Die nationalen Budgets werden streng überwacht.

Ferner wird auch der dauerhafte Rettungsschirm ESM schon ab Mitte diesen Jahres zur Verfügung stehen. Für den Fall, dass es doch zu einer Ausweitung der Schuldenkrise auf weitere Euro-Länder kommen sollte, ist somit die Voraussetzung geschaffen, dass diese nicht eskaliert.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind wir mit dieser Entwicklung sehr zufrieden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat schon vor dem Gipfel eine Menge erreicht. Bereits jetzt gibt es aber Forderungen, den dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM noch weiter aufzustocken. Das ist voreilig. Wir müssen Schritt für Schritt vorgehen. Es gilt, die Lage zu beobachten und nicht vorschnell zu handeln.

Von zentraler Bedeutung ist die Entwicklung in Griechenland. Es zeichnet sich ein deutlicher Forderungsverzicht der Gläubiger Griechenlands ab. Dies ist die Voraussetzung für die Umsetzung des zweiten Griechenland-Hilfspakets. Damit das Geld fließen kann, muss die Regierung in Athen aber auch aufzeigen, wie sie das Land wieder auf Vordermann bringen will. Das Land muss straff geführt werden. Die Haushaltskonsolidierung ist das eine – aber wir müssen auch eine Vorstellung davon bekommen, wie Griechenlands Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs gebracht werden soll.

Pflegereform nützt auch den Angehörigen

Die Koalition hat in der Sozialpolitik eine wichtige Entscheidung getroffen. Wir erhöhen die Leistungen für Demenzzranke. Verbessert wird aber auch die Lage der Ehepartner, Kinder oder Verwandten, die einen Demenzzranken betreuen. Damit pflegende Angehörige sich leichter eine „Auszeit“ nehmen können, wird es Änderungen bei der Kurzzeitpflege geben. Das Pflegegeld wird während dieser „Auszeit“ künftig zur Hälfte weitergezahlt. Damit wird vielen Angehörigen zumindest ein wenig geholfen. Sie können endlich einmal Luft holen.

Volker Kauder

Inhalt

In Europa stimmt die Richtung	1
Warum Deutschland Vorbild in Europa ist	2
Bundestag untersucht Zwickauer Mordserie	3
„Haushaltskonsolidierung mit Strukturreformen verbinden“	4
Bankenrettungsfonds wird befristet wieder geöffnet	5
Für Gesundheit, Mobilität und Unabhängigkeit im Alter	6
Bundeswehr verringert erstmals Truppen in Afghanistan	7
Nahrungsmittelsicherheit in Entwicklungsländern verbessern	7
Das Internet – mehr als ein Medium für Konsum und Kommunikation	8
Letzte Seite	9

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwort.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Warum Deutschland Vorbild in Europa ist

Zahlreiche gute Nachrichten aus der Wirtschaft



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise, trotz Euro-Schuldenkrise eilt Deutschland von einer positiven Nachricht zur nächsten:

In dieser Woche stieg der Konjunkturindex des Ifo-Instituts den dritten Monat in Folge und übertraf alle Erwartungen an die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Besonders hervorzuheben ist die Begründung des Ifo-Instituts, derzufolge sich die Binnenwirtschaft in Deutschland positiv auf die Konjunktur insgesamt auswirkt und ein robustes Fundament für die weitere Entwicklung ist. Die in diesen Tagen wieder geäußerte Kritik, Deutschland vernachlässige die Binnennachfrage zugunsten seiner Exporte, ist offensichtlich gegenstandslos.

Auch die in dieser Woche veröffentlichte Konsumklima-Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) bestätigt die starke Binnennachfrage in Deutschland. Der GfK-Index für die Kaufbereitschaft ist auf einen Wert gesprungen, der zuletzt vor mehr als fünf Jahren verzeichnet wurde. Als Gründe dafür nennt die GfK die nachlassende Angst vor Arbeitslosigkeit, die Erwartung einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in den kommen-

den Monaten und vor allem die rückläufige Inflation. Tatsächlich erwartet etwa die Deutsche Bank in diesem Jahr nur noch eine Inflationsrate von 1,5 Prozent. 2011 hatte die Teuerungsrate noch 2,3 Prozent erreicht. Es gibt noch einen weiteren Grund für positive Aussichten in der Binnenwirtschaft – das ist unsere Gesetzgebung: In diesem Jahr werden die Bürger bei Steuern und Abgaben des Bundes durchschnittlich um 413 Euro entlastet werden.

Arbeit ist Innovationstreiber

Eine weitere Studie macht deutlich, dass Arbeit nicht nur Kostenfaktor, sondern Innovationstreiber ist, auch verstärkt durch unsere Gesetzgebung: In ihrem neuesten Gutachten verkündet die Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI), dass bei den für die Innovationskraft einer Volkswirtschaft maßgeblichen Patentanmeldungen Deutschland weltweit nach der Schweiz auf dem zweiten Platz liegt. Das Gutachten lobt ausdrücklich den deutlichen Zuwachs an Haushaltsmitteln für Bildung und Forschung, die Hightech-Strategie der Bundesregierung und die Förderung der Elektromobilität.

Schließlich hat diese Woche die Bundesagentur für Arbeit eine Analyse veröffentlicht, derzufolge die Zahl der Kinder, die von Hartz IV leben müssen, in den vergangenen fünf Jahren um 13,5 Prozent gesunken ist. Den Jobcentern ist es laut BA gelungen, die Eltern der Kinder, die bislang in der Grundsicherung waren, in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Alle diese jüngsten Erfolgsmeldungen sind Belege dafür, dass eine erfolgreiche wachstumsorientierte Politik zusammen mit einem konsequenten Abbau der Schulden der öffentlichen Haushalte möglich ist. In dieser Kombination liegt die Vorbildfunktion Deutschlands für die Lösung der Euro-Schuldenkrise.

Bundestag untersucht Zwickauer Mordserie

Untersuchungsausschuss soll Ermittlungsspannen aufklären

Die im November letzten Jahres aufgedeckte beispiellose Mordserie der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ soll umfassend und zügig aufgeklärt werden. Dazu leistet der Deutsche Bundestag im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Rechte seinen Beitrag. Mit einem Beschluss aller im Bundestag vertretenen Fraktionen wurde am vergangenen Donnerstag der Neonazi-Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Untersuchungsausschuss

Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder muss der Bundestag einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Untersuchungsausschüsse befassen sich mit möglichen Missständen in der Exekutive, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt.

Im Einsetzungsbeschluss wird die Zahl der Mitglieder dieses speziellen Parlamentsausschusses festgelegt. Jede Fraktion ist – abhängig von ihrer Größe – mit einem oder mehreren Mitgliedern vertreten.

Ein Untersuchungsausschuss tagt in der Regel öffentlich. Er hat das Recht, von Behörden Beweismittel zu verlangen und Zeugen zu laden. Das Ergebnis seiner Untersuchung fasst der Ausschuss in einem Bericht zusammen, der veröffentlicht wird. Meistens ist die Bewertung der Untersuchung zwischen Koalition und Opposition umstritten. Der Bericht enthält dann ein Mehrheits- und ein Minderheitsvotum.

Das Recht des Deutschen Bundestages, einen Untersuchungsausschuss einzurichten, garantiert Artikel 44 des Grundgesetzes. Im Untersuchungsausschussgesetz, dem sogenannten PUAG, finden sich detaillierte Regelungen, zum Beispiel zur Zusammensetzung des Ausschusses, zum Untersuchungsauftrag oder zur Beweiserhebung.

Das Gremium konstituierte sich am Freitag. Die insgesamt elf Mitglieder, davon vier Unionsabgeordnete, sollen bis zum Ende der Legislaturperiode einen Abschlussbericht verfassen. Als Obmann für die Unionsfraktion wurde der erfahrene Innenpolitiker Clemens Binnering eingesetzt. Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy von der SPD wird der CSU-Mann Stephan Stracke.

Konsequenzen für die Sicherheitsbehörden ziehen

Der Ausschuss soll zwei große Fragenkomplexe aufklären. Er soll sich ein „Gesamtbild“, wie es im Bundestagsbeschluss heißt, über die Terrorgruppe, ihre Mitglieder und Taten, ihr Umfeld und ihre Unterstützer machen. Zudem soll er klären, warum die Taten so lange unaufgeklärt blieben. Fast zehn Jahre konnte die Terrorgruppe unerkannt agieren. Auf das Konto der Rechtsterroristen sollen Morde an neun türkisch- und griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizistin gehen.

Entscheidend ist, über welche Informationen die Sicherheitsbehörden aus Bund und Ländern verfügten und ob die Ermittlungen sowie die Zusammenarbeit der Behörden ordnungsgemäß erfolgten. Der neue Untersuchungsausschuss ist auch beauftragt, den Einsatz von V-Leuten bei der Aufklärung rechtsextremistischer Straftaten zu untersuchen.

Darüber hinaus soll der Ausschuss Vorschläge erarbeiten, welche Konsequenzen für die deutschen Sicherheitsbehörden gezogen werden sollen. Das betrifft vor allem den Aufbau und die Struktur der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden des Bundes sowie ihre Zusammenarbeit mit den Ländern.



Zerstörtes Haus führte auf die Spur der Zwickauer Neonazi-Zelle
ddp images/dapd/Joern Haufe

Zusammenarbeit mit Expertengruppe

Eng zusammenarbeiten wird der Ausschuss mit einer vierköpfigen Expertengruppe von Bund und Ländern. So soll die für die Aufklärung der Verbrechen entscheidende Zusammenarbeit von Bund und Ländern gewährleistet werden.

Unterstützen wird die Arbeit des neuen Untersuchungsausschusses ein sogenannter Ermittlungsbeauftragter – ein unabhängiger Fachmann, der die Untersuchungen vorbereitet und vor allem bei der umfassenden Beweisaufnahme zum Einsatz kommt.

„Haushaltskonsolidierung mit Strukturreformen verbinden“

Michael Meister über ESM und Fiskalunion



Michael Meister
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Brüssel wird derzeit über die Ausgestaltung der Fiskalunion und die Anpassung des Rettungsschirmes ESM verhandelt. „Fraktion direkt“ sprach mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Meister über die Einzelheiten.

Warum brauchen wir die Fiskalunion? Reicht der Rettungsschirm nicht aus?

Meister: Für uns sind ESM und Fiskalunion zwei Seiten einer Medaille. Wir können Unterstützungsmaßnahmen für in Schwierigkeiten geratene Euro-Staaten aus dem künftigen ESM nur dann mittragen, wenn gleichzeitig mit der Fiskalunion die Weichen für größere Stabilität und engere Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitik gestellt werden.

Unsere Kanzlerin hat auf dem Gipfel im Dezember in Brüssel einen großartigen Verhandlungserfolg erzielt: Mit der Fiskalunion wird die nachhaltige Finanzstabilität als Kultur in Europa verankert.

Kann denn Stabilität wirklich erreicht werden?

Meister: Die Grundlage für die Ausgestaltung der Fiskalunion ist die

Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs vom letzten Dezember. Wir legen Wert darauf, dass wir im Verlauf der Verhandlungen über den konkreten Vertragstext nicht hinter diesen Vereinbarungen zurückbleiben. Allerdings gibt es bei einzelnen Partnern Aufweichungstendenzen. Die Umsetzung des völkerrechtlichen

Strafzahlungen umfassen. Das ist ein institutioneller Fortschritt, der so vor Monaten nicht denkbar gewesen wäre. Noch besser wäre es sicherlich, wenn die EU-Kommission ein eigenes Klagerecht hätte.

Wie werden strukturelle Reformen tatsächlich glaubhaft umgesetzt?

„Immer höhere Summen lösen nicht das Problem“

Vertrages in nationales Recht wird nach Abschluss der Verhandlungen in den Mitgliedstaaten erfolgen müssen. In der Fiskalunion gibt es mehrere Stabilitätselemente. Zu den verbindlichen Regeln gehört zum einen die Begrenzung des strukturellen Defizits auf maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Zum anderen gilt für die Verschuldung, dass alles, was über 60 Prozent des BIP hinausgeht, in Zwanzigstel-Schritten pro Jahr abgebaut werden muss. Beide Regeln stärken die Haushaltsdisziplin. Künftig muss die nationale Haushaltsplanung frühzeitig der EU-Kommission vorgelegt werden, damit diese prüfen kann, ob die Planung – insbesondere was die Art und Größe der Investitionen angeht – zum Strukturprogramm passt. Die Budgethoheit der nationalen Parlamente bleibt davon aber unberührt. Ein verstärkter und frühzeitiger Überwachungs- und Sanktionsmechanismus sorgt für die Wahrung der Haushaltsdisziplin und damit für die Glaubwürdigkeit der Schuldenregeln.

Was hat das mit den neuen Klagemöglichkeiten zu tun?

Meister: Ziel ist, dass in allen Vertragsstaaten eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in der Verfassung verankert wird. Verletzt ein Staat diese Verpflichtung, so kann ein anderer klagen. Das Urteil kann

Meister: Entscheidend für die nachhaltige Stabilität ist, dass die Krisenstaaten die Haushaltskonsolidierung mit längst überfälligen Strukturmaßnahmen verbinden. Auf diese Strukturreformen müssen wir dringen, damit diese Länder wieder wettbewerbsfähig werden. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Reformen wächst auch in den betroffenen Ländern selbst, auch wenn der Beginn mit schmerzhaften Einschnitten verbunden ist. Jedes Land wird seine Reformpläne von der EU-Kommission überprüfen lassen müssen. Die Umsetzung wird eng von Kommission und dem EU-Rat überwacht.

Muss nicht der Rettungsschirm erweitert werden, damit wir im Falle einer Ausweitung der Krise auf der sicheren Seite sind?

Meister: Ich sehe keinerlei Bedarf, das Gesamtvolumen von 500 Milliarden Euro zu erhöhen. Man sollte nicht glauben, dass allein das Bereitstellen von immer höheren Summen die Probleme löst. Es kann aber sinnvoll sein, 2012 eine höhere Bareinlage in den ESM einzuzahlen als ursprünglich vorgesehen. Wir sind dazu bereit, wenn auch die anderen Euro-Staaten ihre Anteile entsprechend erhöhen. Im Übrigen wird im März im Lichte der weiteren Entwicklung geprüft werden, ob Änderungen notwendig sein sollten.

Bankenrettungsfonds wird befristet wieder geöffnet

Bundestag verabschiedet zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz



Norbart Barthle im Plenum
Foto: Tobias Koch

Der Bankenrettungsfonds SoFFin wird befristet bis zum Ende des Jahres wieder geöffnet. Der Bundestag hat am Donnerstag eine entsprechende Änderung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes beschlossen. Banken können auf diese Weise erneut mit Hilfe des Staates höhere Kapitalanforderungen erfüllen.

Mit dem Gesetz soll der Gefahr vorgebeugt werden, dass die Staatsschuldenkrise auf das Finanzsystem und die Realwirtschaft übergreift, erläuterte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Barthle, in der Debatte. Im Falle einer Gefährdung seien zunächst die Aktionäre eines Finanzinstituts gefordert, sagte Barthle weiter. Erst in einem zweiten Schritt könnten die Banken staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Haushaltspolitiker betonte, dass es sich bei Anträgen an den SoFFin immer um Notfallmaßnahmen handele.

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wurde im Herbst 2008 eingerichtet, um deutsche Finanzinstitute zu retten und zu stabilisieren. Derzeit sind nach Auskunft der Bundesanstalt für Finanzmarkt-

stabilisierung Hilfen des Sonderfonds von 43 Milliarden Euro unterzeichnet, davon 23,2 Milliarden Euro für Garantien und 19,8 Milliarden Euro für Kapitalmaßnahmen. Mit dem sogenannten Restrukturierungsgesetz hat die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung die Aufgabe erhalten, gezielt die Restrukturierung von Instituten in den Blick zu nehmen. Der in diesem Zusammenhang gegründete Restrukturierungsfonds trägt mit seinem Instrumentarium vorrangig dazu bei, künftig Banken Krisen zu vermeiden oder sie gegebenenfalls zu bewältigen.

„Vermutlich wird der Rettungsfonds nicht in Anspruch genommen.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble betonte, dass das Gesetz notwendig sei zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise. Auflagen der europäischen Bankenaufsicht schreiben vor, dass die systemrelevanten Banken in Deutschland bis zum 30. Juni

2012 genügend Eigenkapital nachweisen, um gegen Ansteckungsgefahren geschützt zu sein. Deutschland habe sich auf europäischer Ebene verpflichtet, dies umzusetzen, betonte Schäuble. Bislang spräche alles dafür, dass die deutschen Banken dies aus eigener Kraft schafften. Für den Fall, dass sie dazu nicht in der Lage seien, werde dieses Gesetz geschaffen, sagte Schäuble. „Vermutlich wird es gar nicht in Anspruch genommen“, prophezeite er.

Bundestag erhält größere Mitspracherechte

Die Rechte des Bundestages im Verfahren werden gestärkt. Zunächst ist nur ein Teil der Kreditemächtigung, rund 20 Milliarden Euro, verfügbar. Weitere 30 Milliarden Euro sind gesperrt und können nur mit Zustimmung des Finanzmarktgremiums, des parlamentarischen Kontrollgremiums für den Bankenrettungsfonds, eingesetzt werden. Diese Änderung gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung haben die Abgeordneten der Koalition im Zuge der Gesetzesberatung durchgesetzt.



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bei der Bundestagsdebatte

Foto: Tobias Koch

Für Gesundheit, Mobilität und Unabhängigkeit im Alter

Gespräch mit Albert Rupprecht über die Forschungsagenda für den demografischen Wandel



Albert Rupprecht
Forschungspolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In der Forschungsagenda der Bundesregierung für den demografischen Wandel, über die der Bundestag am Freitag debattierte, werden die Programme und Maßnahmen der einzelnen Ressorts zusammengeführt. Schwerpunktthemen sind unter anderem Gesundheit, Mobilität und unabhängiges Wohnen im Alter. „Fraktion direkt“ sprach mit dem politikpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Albert Rupprecht, über die Agenda.

Herr Rupprecht, die Forschungsagenda muss als Dach für eine Reihe von Programmen und Projekten einzelner Ressorts verstanden werden. Wieviel Geld steht dafür insgesamt zur Verfügung?

Rupprecht: In den Jahren 2012 bis 2016 stellen wir bis zu 415 Millionen Euro bereit. Fünf Ressorts haben bereits laufende Programme oder planen Forschungsaktivitäten. Das Spektrum reicht von der angewandten Pflegeforschung über Hightech-Assistenzsysteme

me bis zu Beschäftigungsperspektiven für die Generation „50plus“.

Die Wirtschaft sucht händeringend nach Fachkräften. Wie kann man die Erfahrung älterer Menschen besser nutzen?

Rupprecht: Die meisten Unternehmen haben längst erkannt, dass sie ohne Ältere ihren Fachkräftebedarf nicht decken können. Hierbei gewinnt die Weiterbildung zunehmend an Bedeutung. Mit der Bildungsprämie haben wir ein Programm aufgelegt, das vor allem den Beschäftigtengruppen zugutekommt, die bei der betrieblichen Weiterbildung bislang unterrepräsentiert sind: Frauen, Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen, Teilzeitbeschäftigte und Menschen mit Migrationshintergrund. Mit einem Gutschein im Wert von durchschnittlich 310 Euro wurden weitere 655 Euro an privatem Kapital für Weiterbildungen mobilisiert. Nach 150.000 Förderungen in der ersten Phase haben wir das Programm Ende 2011 um zwei weitere Jahre verlängert.

Gesundheit ist die Voraussetzung dafür, dass ältere Menschen im Beruf und ehrenamtlich länger aktiv sein können. Welche Vorsorge wird dafür getroffen?

Rupprecht: Natürlich möchten wir alle so lange wie möglich ohne spürbare Einschränkungen leben. Hier spielen Prävention, Ernährungsforschung und Bewegung eine ebenso große Rolle wie technische Unterstützung an belastenden Arbeitsplätzen. Denken Sie etwa an Dachdecker oder Stahlkocher. Vielleicht genauso wichtig ist die Erforschung der gesundheitlichen Folgen von 40 Berufsjahren am PC. Falls dadurch Beeinträchtigungen

entstehen, muss für nachhaltige Rehabilitation gesorgt werden.

Zu Hause wohnen im Alter sichert ein Stück Unabhängigkeit. Mit welchen Wohnformen kann das unterstützt werden?

Rupprecht: Generationenübergreifendes Wohnen, sei es in der Familie oder in modernen Wohnformen, sind sicher die prominentesten Ansätze. Unabhängigkeit im Alter bedeutet aber für viele: in den eigenen vier Wänden leben. Dafür ist eine barrierefreie Wohnung die Voraussetzung. Darüber hinaus können technische Hilfsmittel wie Sturzsensoren im Boden und Notrufsysteme bei ersten körperlichen Einschränkungen ein sicheres Leben in der eigenen Umgebung ermöglichen.

Mit welchen Maßnahmen wird sichergestellt, dass ältere Menschen im ländlichen Raum nicht von der Außenwelt abgeschnitten werden?

Rupprecht: Forschung und Technik können nachbarschaftliche Hilfe nicht ersetzen. Aber der Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln spielt eine große Rolle, wenn ältere Menschen auf dem Land mit der Außenwelt in Verbindung bleiben wollen. Allerdings lässt die Benutzerfreundlichkeit von technischen Geräten noch zu wünschen übrig: Weniger Funktionen, größeres Display und größere Tasten allein sind noch keine ausreichenden Antworten.

Damit ältere Menschen mobil bleiben können, braucht es auf dem Land vor allem intelligente Verkehrskonzepte. Bei individuellen Verkehrsmitteln wie Auto oder Fahrrad braucht es technologische Verbesserungen, die die Orientierung erleichtern oder die Sicherheit erhöhen.

Bundeswehr verringert erstmals Truppen in Afghanistan

Bundestag verlängert Mandat und senkt Obergrenze

Erstmals seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes vor elf Jahren reduziert die Bundeswehr ihre Truppen am Hindukusch. Der Bundestag beschloss vergangenen Donnerstag die Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz der internationalen Truppen in Afghanistan für ein Jahr. Gleichzeitig senkte er die Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldaten. Im Verlaufe des Jahres soll die Zahl der deutschen ISAF-Soldaten weiter auf 4.400 gesenkt werden.

Der Strategiewechsel in Afghanistan, der Anfang 2010 von CDU/CSU und FDP beschlossen wurde, verzeichnet Erfolge – eine Voraussetzung für den schrittweisen Rückzug der

deutschen Truppen. Die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände begann im Sommer 2011. Schon in diesem Jahr wird mehr als die Hälfte Afghanistans von einheimischen Sicherheitskräften kontrolliert werden. Davon sind auch Provinzen und Distrikte im deutschen Verantwortungsbereich im Norden betroffen.

Übergabe der Verantwortung bis 2014

Der Beginn des Truppenabzugs bedeutet eine Gewichtsverschiebung von der militärischen Komponente zum politischen Prozess der Übergabe von Verantwortung. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form be-

endet sein. Dabei muss jedoch klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit immer Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Unser militärisches Engagement wird soweit reduziert, wie es sicherheitspolitisch zu vertreten ist. Ein zentrales Kriterium dafür ist die Fähigkeit der Afghanen, die Lage in ihrem Land selbst zu kontrollieren.

Der Aufbau von staatlichen Strukturen, insbesondere im Sicherheitssektor, bleibt eine vordringliche Aufgabe. Hierbei werden wir die Afghanen auch nach 2014 nicht im Stich lassen. Unser Engagement wird sich in der Transformationsdekade bis 2024 mehr und mehr auf die zivile Hilfe konzentrieren.

Nahrungsmittelsicherheit in Entwicklungsländern verbessern

Bundestag debattiert Koalitionsantrag

2009 erreichte die Zahl der weltweit Hungernden den traurigen Rekord von etwa einer Milliarde Menschen. Der überwiegende Teil lebt in Entwicklungsländern. Somit droht das Millenniumsentwicklungsziel, den Anteil der Hungernden auf der Welt bis 2015 auf die Hälfte zu reduzieren, in weite Ferne zu rücken. Mit dieser Entwicklung beschäftigte sich am Freitag der Bundestag. Die Koalitionsfraktionen brachten einen Antrag ein, in dem sie sich für eine Stärkung der ländlichen Entwicklung und für Ernährungssicherheit im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einsetzen.

Die Gründe für den Hunger sind vielfältig. Neben vermehrten Naturkatastrophen, veränderten Essgewohnheiten und dem Weltbevölkerungswachstum gehören dazu auch Wirtschaftskrisen, politische Konflikte und Spekulationen an den Weltag-

armärkten. Nach Ansicht von CDU/CSU und FDP ist für die Bekämpfung des Hungers eine Entwicklung des ländlichen Raumes dringend erforderlich. Die christlich-liberale Koalition möchte diesen Ansatz zu einem Förderschwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik ausbauen.

Land fruchtbar machen

Der Antrag listet eine Reihe von Einzelmaßnahmen auf: So soll gute Regierungsführung in den Entwicklungsländern unterstützt werden. Partnerländer sollen dafür gewonnen werden, bisher ungenutzte ländliche Räume fruchtbar zu machen, die Produktivität zu steigern und die Landnutzungsplanung zu verbessern. Von den Industrieländern erwartet die Koalition unter anderem die entwicklungsorientierte Gestaltung der weltweiten Handelsbeziehungen, die

Förderung der praxisbezogenen Agrarforschung sowie die Förderung von landwirtschaftsbezogenen Ausbildungsgängen.



© africa - Fotolia.com

Das Internet – mehr als ein Medium für Konsum und Kommunikation

CDU/CSU-Fraktion diskutierte mit Experten über die Bedeutung des Netzes

Das Internet ist heute fester Bestandteil unseres Alltags. Die Digitalisierung erreicht inzwischen alle Lebensbereiche, sie verändert Politik und Wirtschaft. Das Querschnittsthema Netzpolitik ragt in nahezu jedes Politikfeld hinein. Auf einer fraktionsoffenen Sitzung vergangenen Dienstag diskutierte die Unionsfraktion auf Einladung des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers Peter Altmaier und des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Kretschmer das Thema mit Experten.

nutzten Banken entkoppelte Netze, nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen. Das WWW sei somit nur ein kleiner Teil des Internets.

Die Zahl der Internetnutzer steigt unaufhaltsam; der Internetboom wird zum Dauerzustand. Die Informationstechnologie (IT) ist laut Rohleder inzwischen eine eigenständige Säule der deutschen Wirtschaft, sie ist eine Querschnittsbranche und Innovationsmotor für unser Land. Das Internet sei so wichtig geworden, dass andere Branchen ohne die IT-Branche nicht mehr

book-Freunde oder Twitter-Follower, seien automatisch Abonnenten der Informationen, die im Netz bereits im Umlauf seien. Diese Entwicklung bedeute insofern für die Wirtschaft eine Neuerung, als dass der Kunde auf den Anbieter zukomme.

Osthaus stellte die Frage in den Raum, ob der Qualitätsjournalismus durch Twitter und Co. einen Niedergang erfahren werde. Denn das Netz könne dazu führen, dass Informationen im übertragenen Sinne wieder verstärkt „von Mund zu Mund“ weitergetragen und objektive Berichterstattung oder einordnende Kommentare weniger nachgefragt würden. Als ebenfalls bedenklich bezeichnete er den Trend, dass Suchmaschinen immer häufiger nach den zuvor gespeicherten Suchkriterien des Nutzers gefilterte Ergebnisse lieferten. Die Politik müsse Regelungen finden und für einen Interessenausgleich sorgen, forderte er.



Peter Altmaier mit Bernhard Rohleder und Wolf Osthaus

Foto: Tobias Koch

Bernhard Rohleder, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM), und Wolf Osthaus, der Leiter Kommunikation und Regulierung der United Internet, verdeutlichten in ihren Vorträgen: Das Internet ist weit mehr als nur ein Medium für Kommunikation und Konsum.

Sie wiesen darauf hin, dass zum Internet auch Netze gehörten, die vom World Wide Web (WWW) entkoppelt sind, etwa Unternehmens-, Forschungs- oder Peer-to-Peer-Netze von Gleichgesinnten. Beispielsweise

funktionieren würden, sagte er. Daher sei hier eine besondere Aufmerksamkeit durch die Politik geboten.

Nischenthemen leichter zu vermarkten

Im Netz werden Osthaus zufolge wirtschaftliche Geschäftsmodelle digital gespiegelt. Nischenthemen können heute durch die Kanäle des Internets viel besser vermarktet werden. Ein Twitter- oder ein Facebook-Account reiche, und schon sei man mitten drin im Markt der Meinungen, sagte Osthaus. Die Rezipienten, also die Face-

Positionierung zwischen Sicherheit und Freiheit

Rohleder warf die Frage auf, warum Politiker derart intensiv über das Für und Wider von Google Streetview diskutierten, während tagtäglich sehr viel sensiblere persönliche Daten von Internetfirmen gespeichert würden. Er räumte ein, dass es nicht leicht sei, in einer so großen Fraktion wie der von CDU und CSU ausgleichende Positionen zwischen Freiheit und Sicherheit zu beziehen. Osthaus wies darauf hin, dass es auch die Pflicht des Einzelnen sei, Informationskompetenz zu erlangen.

Mit ihrer Initiative, die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ im Deutschen Bundestag einzusetzen, hat sich die CDU/CSU-Fraktion dafür entschieden, dieses wichtige Thema in das Zentrum des politischen Interesses zu rücken. Die Entscheidung hat sich bereits heute als richtig erwiesen.

Bestell-Tipp: Neue Broschüren

Zu Ratingagenturen und Afghanistan

Die Unionsfraktion hat zwei neue Broschüren im Angebot. In der Publikation „Die Krise als Aufbruch – Regulierung der Ratingagenturen verbessern“ diskutieren Politiker, Wissenschaftler und die Geschäftsführer der drei großen Ratingagenturen verschiedene Wege einer künftigen Regulierung. Die CDU/CSU-Fraktion hat dazu einen Antrag eingebracht, den der Deutsche Bundestag Ende letzten Jahres in der Kernzeit debattierte.

In der Broschüre „Afghanistan: Einsatz im Wandel“ ziehen wir Bilanz – nach zehn Jahren Bundeswehreininsatz am Hindukusch. Die neue Strategie, Afghanistan in die Lage zu versetzen, selbst für die eigene Sicherheit zu sorgen, wird von den Autoren kritisch beleuchtet. Sie zeigen Fortschritte und bleibende Herausforderungen im afghanischen Reformprozess auf. Die Broschüre dokumentiert den gleichnamigen Kongress, den die Arbeitsgruppe Auswärtiges veranstaltet hat.

Alle Broschüren können unter fraktion@cducsu.de bestellt werden und stehen unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.



DER DRUCK WÄCHST

Zeichnung: Tomicek

Termine (veranstaltungen.cducsu.de)

8. Februar 2012	Kongress Weltbevölkerung
5. März 2012	Kongress Rohstoffhandel
26. März 2012	Kongress Finanzaufsicht

„Süße Versuchung“

Nachfrage nach deutscher Schokolade steigt

Wiesbaden – Die Nachfrage nach deutscher Schokolade steigt: In den ersten elf Monaten des Jahres 2011 wurden 62.000 Tonnen Schokoprälinen im Wert von 375 Millionen Euro aus Deutschland ausgeführt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich der Ende des Monats in Köln stattfindenden Internationalen Süßwarenmesse (ISM) mitteilte, ent-

sprach diese Summe einer Steigerung von fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Wichtigster Abnehmer waren mit 8.800 Tonnen die Niederlande. Sie hatte damit einen Anteil von 14,3 Prozent an den gesamten Pralinenausfuhren. Darauf folgten Frankreich mit 5.300 Tonnen oder 8,6 Prozent und Österreich mit 5.100 Tonnen oder 8,2 Prozent.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Fraktion direkt ➔ www.cducsu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducsu](http://www.facebook.com/cducsu)



[www.youtube.com/
cducsu](http://www.youtube.com/cducsu)



[twitter.com/
cducsu](http://twitter.com/cducsu)